

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Bundeshaushalt 1978 -  
Gewerkschaften - EG-Präferenzen - IWF - DDR**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1977) : Kurz kommentiert: Bundeshaushalt 1978 - Gewerkschaften - EG-Präferenzen - IWF - DDR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 10, pp. 486-487

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135118>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## Bundeshaushalt 1978

### Rückbesinnung auf Keynes

---

Der Bundeshaushalt des Jahres 1978 soll nach dem am 4. Oktober dem Bundestag vorgelegten Entwurf gegenüber 1977 eine Ausgabensteigerung von 10,1% aufweisen, die nur durch eine weitere Erhöhung der Verschuldung finanziert werden kann. Damit hat sich innerhalb eines halben Jahres ein radikaler Kurswechsel in der Finanzpolitik vollzogen. Statt der noch im Frühjahr bei der Verabschiedung des Haushalts für 1977 von allen Seiten propagierten Priorität der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist jetzt wieder die Belebung der Konjunktur an die erste Stelle des finanzpolitischen Zielkatalogs getreten.

Angesichts der derzeitigen konjunkturellen Situation kann dieser Kurswechsel nur begrüßt werden. Mußte schon zu Jahresbeginn die Überbetonung der Haushaltskonsolidierung trotz der damals recht optimistischen Konjunkturprognosen mit Skepsis betrachtet werden, so war die Rückbesinnung auf Keynes in Anbetracht der bereits wieder eingetretenen Abschwächung des noch gar nicht richtig in Gang gekommenen Aufschwungs unumgänglich. Als besonders positiv ist dabei die Tatsache zu bewerten, daß die Investitionsausgaben mit 16,5% eine deutlich höhere Zuwachsrate als der Gesamthaushalt aufweisen. Ob allerdings der gewünschte beschäftigungspolitische Effekt erzielt werden kann, hängt wesentlich von zwei Voraussetzungen ab. Zum einen müssen die vorgesehenen Investitionsmaßnahmen zügig durchgeführt werden, und zum anderen dürfen die expansiven Maßnahmen des Bundes nicht wieder, wie schon so oft, durch entsprechende Sparmaßnahmen der Länder und Gemeinden konterkariert werden. wei

---

## Gewerkschaften

### Mitbestimmung und Multis

---

Seit langem bemühen sich die Gewerkschaften, mit den multinationalen Unternehmen, die sich ihrem Zugriff zu entziehen drohen, gleichzuziehen. Für viele der großen Automobil-, Elektro- und Chemiekonzerne wurden im Rahmen der bestehenden internationalen Berufsekretariate „Welträte“ gegründet, die Informationen sammeln und Aktionen der nationalen Gewerkschaften ko-

ordinieren sollen. Die multinationalen Unternehmen haben sich allerdings bisher durchweg geweigert, die Welträte anzuerkennen. Für sie sind nur die nationalen Verbände legitime Verhandlungspartner.

Die gewerkschaftliche Strategie ist jetzt um eine neue Variante bereichert worden. Mit dem Beschluß der IG Chemie, den Generalsekretär des Internationalen Bundes der Chemiarbeiter, den Kanadier Charles Levinson, in den Aufsichtsrat der deutschen Du Pont-Tochter zu entsenden werden die internationalen Gewerkschaftsgremien auch ohne Zutun der Unternehmen aufgewertet. Zwar ist nicht zu erwarten, daß sich durch die Wahl Levinsons, der zu den exponierten Kritikern der Multinationals gehört, an der Politik des Unternehmens Wesentliches ändert. Die Gewerkschaften dokumentieren aber, daß sie es trotz aller Hindernisse ernst meinen mit ihrem Ziel eine gemeinsame Politik gegenüber den Multinationals zu verfolgen.

Für die deutschen Gewerkschaften kann die Entscheidung außerdem den erwünschten Effekt haben, daß das Konzept der Mitbestimmung im Ausland weiter an Popularität gewinnt. Lange Zeit stand die Mehrzahl der ausländischen Gewerkschaften der Mitbestimmung ablehnend gegenüber mit der Begründung, sie verweise die Fronten zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern. Die in den letzten Jahren zu beobachtenden Anzeichen für ein Umdenken dürften sich durch den spektakulären Schritt der IG Chemie weiter verstärken. m

---

## EG-Präferenzen

### Bulgarien ante portas

---

In einer Eingabe an den amtierenden Präsidenten des EG-Ministerrates hat der bulgarische Außenhandelsminister Hristo den Wunsch seines Landes artikuliert, in die Liste der Entwicklungsländer aufgenommen zu werden, die bereits seit 1971 im Rahmen des Allgemeinen Zollpräferenzsystems ihre Exporte zu Vorzugsbedingungen im EG-Raum absetzen können. Bulgarien vertritt die Auffassung, es sei hinsichtlich Entwicklungsstand und Wirtschaftsstruktur diesen Ländern gleichzusetzen, und verweist im übrigen auf Rumänien, das seit 1974 diese Zollvergünstigungen genießt.

Das Gleichbehandlungsbegehren ist sicherlich ein starkes Argument. Dennoch sollte es noch

nicht zu spät sein, die osteuropäische Öffnung des Präferenzsystems generell zu problematisieren. Es ist nämlich zu fragen, ob Bulgarien ebenso wie Jugoslawien und Rumänien – abgesehen von seiner politischen Affinität – den übrigen Ostblockstaaten nicht auch ökonomisch näher steht als dem Gros der tatsächlich präferenzbedürftigen Entwicklungsländer. Das Pro-Kopf-Einkommen der drei genannten Länder liegt bereits jenseits der 1000- $\text{\$}$ -Grenze, wobei Bulgarien nach Weltbankschätzungen sogar noch vor Rumänien und Jugoslawien rangiert. Die kritische Überprüfung ihrer Präferenzbedürftigkeit müssen sich darüber hinaus aber auch einige Entwicklungsländer selbst gefallen lassen, die bereits die Schwelle zum Industrieland erreicht oder überschritten haben und mittlerweile die Präferenzimporte der EG zu einem großen Teil unter sich ausmachen.

Der bulgarische Antrag kann also heute nicht mehr isoliert beurteilt werden. Die EG steht unter einem zunehmenden Druck, zwischen den aktuellen und potentiellen Präferenznehmern zu differenzieren. Bei den heiklen Textileinfuhren und auch bei der Butoir-Regelung für die Ärmsten der Armen hat man begonnen. Um eine generelle Revision der Länderlisten drückt sich die EG aber nach wie vor. Wie lange noch? bo

---

## IWF

### Kreditaufnahme bei Privaten?

---

Eine Mittelfinanzierung durch Kreditaufnahmen an den internationalen Finanzmärkten ist für den IWF angesichts von Quotenerhöhung und Witteveen-Fazilität gegenwärtig zwar noch nicht spruchreif. Dennoch wird dieses Thema zumindest intensiv diskutiert, u. a. wohl auch deswegen, weil nicht sicher ist, ob die offiziellen Mittel ausreichend weiterfließen werden.

Zudem haben die Länder der Dritten Welt, deren Schuldenproblem besonders gravierend ist, bei ihrer Defizitfinanzierung zunehmend auf private Quellen zurückgegriffen, und dieser Trend hält weiter an. Im Interesse eines funktionsfähigen Währungssystems wäre aber ein größeres Engagement des IWF wünschenswert: Durch eine so stärker zentralisierte Kreditvergabe könnte auf einzelne Länder intensiver Druck zur Zahlungsbilanzsanierung ausgeübt werden. Dagegen sind bei privaten Instituten Kredite an Regierungen kaum mit solchen volkswirtschaftlichen Auflagen verknüpfbar. Neben dieser kreditmäßigen Zusammenarbeit könnte sich gleichzeitig eine gewisse „Informationskooperation“ entwickeln. Die Ban-

ken würden dabei von dem in langjähriger Praxis gewonnenen Know-how des IWF profitieren und könnten ihr Kreditrisiko senken. Der IWF würde seinerseits diese Bankkredite im gewissen Umfang systemkonform mitsteuern.

Insgesamt scheint ein stärkeres IWF-Engagement im Hinblick auf die Defizit-Finanzierung durch Mittelaufnahmen an den privaten Kapitalmärkten und einer damit möglicherweise einhergehenden Auskunftskooperation zweckmäßig, auch wenn dadurch teilweise Bank- und Währungsrisiken übernommen werden. Voraussetzung wäre allerdings eine strenge Ausleihpolitik, die auf die Einhaltung der mit den Krediten verbundenen Auflagen achtet. kr

---

## DDR

### Heimliche Zweitwährung

---

Überraschend hat sich SED-Parteisekretär Honecker kürzlich vor führenden Parteifunktionären über die bis dato offiziell tabuisierten Intershops geäußert, in denen „Westler“ – und seit Beginn der siebziger Jahre auch DDR-Bürger – westliche Markenerzeugnisse gegen Devisen erstehen können. Die Intershops, so Honecker, seien zwar keine „ständige Begleiterscheinung des Sozialismus“, doch hielten sie die für die Entwicklung der Volkswirtschaft notwendigen Devisen im Lande.

Diese Äußerungen Honeckers verwundern auf den ersten Blick, denn der Anteil der ständig zunehmenden Intershops am Einzelhandelsumsatz der DDR dürfte bisher bei höchstens 1% liegen. Problematisch sind aber besonders die sozialen Folgen der Shopaktivitäten: nicht jeder DDR-Bürger kommt an Devisen heran, so daß geradezu zwei Klassen – eine mit und eine ohne Devisen – zu entstehen drohen. Dies gilt nicht allein in bezug auf die Intershops, denn mittlerweile haben sich die in der DDR kursierenden Devisen – überwiegend DM – neben der Mark (Ost) als eine Art Zweitwährung etabliert, deren Anziehungskraft schon in zahlreichen Fällen zur Bildung schwarzer Märkte mit all ihren Problemen für den volkswirtschaftlichen Planungsprozeß geführt hat. Honeckers Verteidigung der Intershops zeigt jedoch, daß an deren Einschränkung ernsthaft nicht gedacht wird. Dafür sind sie als Devisenquelle zu wichtig. Vielmehr soll das Angebot attraktiver Produkte, die gegen Ostmark zu erhalten sind, über die sogenannten Exquisitläden erweitert werden. Ob das angesichts des seit langem überlasteten Produktionsapparates und der defizitären Handelsbilanz gelingen wird, erscheint allerdings fraglich. ud